

Syndicat national des enseignants fordert Politik zum Handeln auf

Lehrer unter steigendem Druck



Die Lehrgewerkschaft SNE fordert im Namen ihrer Mitglieder, dass der Sprach- und Hörtest für Vorschulkinder (Bilan 30) obligatorisch sein sollte. Illustration: Shutterstock

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

„Es besteht mehr denn je Diskussions- und Handlungsbedarf“, sagte der Präsident der Lehrgewerkschaft SNE, Patrick Remakel, gestern – und erklärte dann, wo genau die Gewerkschaft diesen Bedarf sieht. Die Liste mit Punkten, die folgte, war lang, akribisch zusammengetragen nach Gesprächen mit Lehrern im ganzen Land im vergangenen Herbst. Das Syndicat national des enseignants hat daraus ein Lastenheft erstellt, das die Gewerkschaft nun an den Bildungsminister und die politischen Parteien weiterreichen wird, in der Hoffnung, dort auf offene Ohren zu stoßen.

Die Lehrer beklagen sich seit Längerem über fehlende Ressourcen zur Unterstützung von Kindern mit Förderbedarf, über zu viel Bürokratie im Schulalltag, über langwierige Prozeduren, die die Bereitstellung von Hilfskräften in den Klassen unnötig hinauszögern. Auch die Zunahme des Gewaltphänomens an Schulen bereitet

den Lehrern Sorgen. „Die Politik muss endlich bereit sein, den Lehrern zuzuhören und ihnen Glauben zu schenken, wenn sie von bedenklichen Situationen im Schulalltag berichten“, forderte Remakel gestern. Die Politik müsse den Mut aufbringen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, „auch wenn sie einen finanziellen Impakt haben“.

Kind wichtiger als Prozedur

Um die bürokratischen Hürden abzubauen, schlägt die Gewerkschaft vor, unmittelbar in den Schulen Strukturen aufzubauen, mit sozioedukativem und medizinischem Personal, das in Notsituationen schnell und unbürokratisch eingreifen kann. Doch momentan sind die Eingreiftruppen – die so genannten Equipes de soutien des élèves à besoins éducatifs particuliers ou spécifiques, kurz ESEB – auf der Ebene der Schuldirektionen angesiedelt. Das erschwert nach Ansicht des SNE die Bereitstellung von Hilfskräften. Bevor über mögliche Hilfen entschieden wird, vergehen Wochen, teilweise Monate, weil Berichte geschrieben und eingereicht, Diagnosen gestellt und die Verfügbarkeit von Ressourcen geprüft werden muss. Oft heißt es am Ende des Prozesses, dass keine Hilfskräfte verfügbar sind.

Weniger Bürokratie wünschen sich die Lehrer auch im Zusammenhang mit den nationalen Kompetenzzentren. Die Betreuung und die Aufnahme von Kindern mit Problemen müssten schneller vonstatten gehen, forderte Remakel. Ganz allgemein müssten die unterschiedlichen Akteure enger und im Sinne der Kinder zusammenarbeiten.

Der gestiegene administrative Aufwand im Schulalltag ist nach Ansicht des SNE einer der Gründe, warum immer weniger junge Menschen den Lehrerberuf ergreifen wollen. Die Gewerkschaft fordert deshalb, den Lehrauftrag wieder in den Mittelpunkt des Lehrerdaseins zu stellen und die administrativen Aufgaben auf ein Minimum zu reduzieren.

Kontrollwahn statt Unterstützung

Das SNE möchte, dass die Missionen der 2017 geschaffenen Schuldirektionen neu definiert werden. Warum? Die Lehrer spüren kein Vertrauen und fühlen sich von den Direktionen kontrolliert und nicht genügend unterstützt. Das muss sich ändern, forderte Remakel.

Um den Lehrermangel zu bekämpfen, muss die Uni mehr Lehramtsstudenten aufnehmen, meinte der SNE-Vorsitzende. Dazu müssten die Zulassungskriterien geändert werden. Inwiefern, dazu gab es keine Erläuterungen. „Wir brauchen jedes Jahr zwischen 250 und 300 Lehrer. Die Uni muss nicht 300 Lehrer ausbilden, aber zwischen 150 und 200 sollten es schon sein“, meinte der SNE-Präsident.

Die Gewerkschaft rüttelt seit Inkrafttreten der Reform am Lehrerkontingent. Diesen Kampf führt die Gewerkschaft weiter und fordert, dass der Berechnungsmodus angepasst wird. So fordert das SNE beispielsweise, die durchschnittliche Klassengröße von 16 auf 15 Schüler zu senken, den Indice social in sozialen Brennpunkten anzuheben und einen Korrekturkoeffizienten einzuführen, der der Betreuung von Schülern mit Förderbedarf Rechnung trägt.

In Sachen Schülerorientierung verlangt die Gewerkschaft eine Rolle rückwärts. Das bedeutet: Die Orientierungsentscheidung muss wieder von den Pädagogen getroffen werden. Sind die Eltern anderer Ansicht, müssen die Schüler sich – wie früher – einem Examen de recours unterziehen.

Programmieren in der Grundschule

Der SNE-Vorsitzende nahm auch Stellung zu der baldigen Einführung des Programmierens in der Grundschule. Man verschließe sich nicht dem technologischen Fortschritt, sagte Remakel. Er bemängelte aber, dass die Gewerkschaft nicht in die Planung und Ausarbeitung des Projekts eingebunden wurde. Bedenken hat Remakel vor allem bezüglich des Zeitmanagements. „Wo sollen wir die Zeit hernehmen, um all diese Kleinigkeiten zu unterrichten, die an die Schule herangetragen werden?“, sagte Remakel. Die Weiterbildung müsse auf freiwilliger Basis sein. Auch sollten die Medienspezialisten, die so genannten Instituteurs

spécialisés en compétences numériques (I-CN), die ab dem Herbst eingesetzt werden, in den Klassen mit den Kindern arbeiten, forderte Remakel.